Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen e. V.

Die NRW-Krankenhäuser leben von der Substanz, weil die Investitionsförderung des Landes laut RWI-Investitionsbarometer nur ein Drittel der benötigten 1,85 Mrd. € deckt. RWI-Lösung: die Förderung bis 2032 um jährlich 10 Prozent anheben. Wie wollen Sie den Substanzverzehr in den Kliniken stoppen?

Wir haben die Investitionsförderung des Landes in den letzten Jahren bereits deutlich ausgebaut, um so die Krankenhäuser für die Zukunft besser aufzustellen. So haben wir die zielgerichtete Einzelförderung wieder eingeführt. Zudem haben wir das Corona-Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro aufgelegt. Insgesamt lag die Förderung zwischen 2017 und 2022 rund zwei Milliarden Euro über dem Wert der vorherigen fünf Jahre. Diesen Weg der Steigerung der Investitionsförderung wollen wir fortsetzen.

Durch die strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser ist laut RWI ein Investitionsstau von 13,5 Mrd. € entstanden. Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen sieht das Land in der Pflicht, mit einem Sonderprogramm den Investitionsstau abzubauen. Wie wollen Sie mit diesem Problem umgehen?

Neben dem Ausbau der Investitionsförderung des Landes (siehe vorherige Frage) treten wir für eine Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung auf Bundesebene ein, mit der insbesondere Vorhaltekosten besser berücksichtigt werden können. Solide Finanzen bleiben aber unser Ziel. Einem Aufweichen der Schuldenbremse treten wir entschieden entgegen. Das Land hat mit dem Corona-Konjunkturpaket Zukunftsinvestitionen vorgezogen wie das Sonderprogramm für die Krankenhäuser. Ob bei Einhaltung der Schuldenbremse weitere Sondermaßnahme darstellbar sind, ist zu prüfen.

Es ist politischer Konsens, dass das Land die Krankenhausplanung mit Finanzmitteln hinterlegen muss. Dabei bestimmen Umfang und Geschwindigkeit der Umsetzung die Höhe der Kosten. Die KGNW erwartet in einem ersten Ansatz einen Bedarf von 2 Mrd. €. Wie wollen Sie die Krankenhausplanung finanzieren?

Um die Reform der Krankenhausrahmenplanung vor Ort konkret umzusetzen und zukunftsfähige Krankenhausstrukturen zu schaffen, wollen wir mit einer entsprechenden zielgerichteten Investitionsförderung den Strukturwandel unterstützen. Der notwendige Bedarf lässt sich aber derzeit noch nicht abschätzen, da die Erstellung der regionalen Planungskonzepte erst in den kommenden Monaten anlaufen wird.

Die Krankenhäuser als Teil der Daseinsvorsorge leiden trotz steigender Ausbildungszahlen unter Fachkräftemangel, besonders in der Pflege. Unstrittig ist, dass die Personalsituation der Kliniken verbessert werden muss. Wie werden Sie auf Bundes- und Landesebene die Krankenhäuser dabei unterstützen?

Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege erreichen. Darum wollen wir von der Bildung über eine bedarfsgerechte Personalbemessung (PPR 2.0), dem Abbau von Bürokratie, leistungsgerechte Vergütungen bis hin zu mehr Karrierechancen durch Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten dafür sorgen, dass der Beruf wieder attraktiver wird. So soll dem Personalmangel begegnet und die Versorgung verbessert werden. Ebenso setzen wir uns für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine gezielte betriebliche Gesundheitsförderung zum

Abbau von physischen und psychischen Belastungen ein. Wir unterstützen die Anwerbung von Pflegekräften aus der Europäischen Union und Drittstaaten mit Hilfe unbürokratischer Anerkennungsverfahren und fachbezogener Sprachkurse.

Der Fachkräftemangel in den Krankenhäusern hat die Dokumentationspflichten ins Blickfeld gerückt, die Kapazitäten von der Arbeit mit Patient*innen abziehen. Die KGNW erwartet von der neuen Landesregierung einen Bürokratie-Lockdown. Wie wollen Sie die Kliniken entlasten?

Wir wollen die Entbürokratisierung des Gesundheitswesens vorantreiben. Mit einem Abbau von bürokratischen Regulierungen und Dokumentationspflichten kann wieder mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten zur Verfügung stehen. Dazu gilt es, bestehende Gesetze, Verordnungen und andere Vorgaben des Landes regelmäßig auf die Möglichkeit der Reduzierung von Dokumentationspflichten zu überprüfen. Zudem sehen wir im Einsatz digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen einen entscheidenden Beitrag zur Vereinfachung von Prozessen.

In der Notfallversorgung sind die Krankenhäuser 24/7 verlässlich verfügbar. Auch in der täglichen fachärztlichen Versorgung werden ambulante Leistungen der Kliniken wichtiger, wenn KV-Kapazitäten nicht reichen. Werden Sie sich im Bund und Land für die ambulante Öffnung der Krankenhäuser stark machen?

Wir wollen Kooperationen von Krankenhäusern sowohl mit anderen Krankenhäusern als auch mit niedergelassenen Ärzten und Rehabilitationskliniken fördern. Wir wollen für geeignete Leistungen eine sektorengleiche Vergütung durch sogenannte Hybrid-DRG umsetzen. Durch den Ausbau multiprofessioneller, integrierter Gesundheits- und Notfallzentren wollen wir eine wohnortnahe, bedarfsgerechte, ambulante und kurzstationäre Versorgung sicherstellen und diese durch spezifische Vergütungsstrukturen fördern.

Bund und Land haben beträchtliche Mittel für die Digitalisierung der Krankenhäuser bereitgestellt. Dieser Anschub muss technisch und personell nachhaltig fortgeführt werden. Die KGNW schlägt einen 2-Prozent-Aufschlag auf Klinikrechnungen vor. Werden Sie dafür eine Bundesratsinitiative starten?

Wir wollen die Möglichkeiten und Chancen der Digitalisierung im Gesundheitswesen und von Telematik-Anwendungen noch besser nutzen, um Patientinnen und Patienten effizienter versorgen zu können. Wir wollen die Digitalisierung im Gesundheitswesen durch klare und transparente Rahmenbedingungen voranbringen. Mit dem Krankenhauszukunftsfonds haben wir notwendige Investitionen in den Bereichen Digitalisierung und IT- und Cybersicherheit von Krankenhäusern und Hochschulkliniken gefördert. Ob die laufende Umsetzung der Digitalisierung mit personellen und materiellen Mehrkosten verbunden ist oder letztlich zu Effizienzgewinnen führt, sollte im Rahmen der Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung auf Bundesebene geprüft werden.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts fordert auch klimaneutrale Krankenhäuser. Die KGNW erarbeitet dafür ein Leitbild mit praxisnahen Szenarien. Die Krankenhäuser können die erforderlichen Investitionen jedoch nicht selbst tragen. Wie werden Sie die notwendigen Maßnahmen finanzieren?

Um eine wirtschaftlich effiziente, sozialverträgliche Umsetzung der Klimaschutzziele sicherzustellen, setzen wir auf passgenaue und technologieoffene Maßnahmen aus Optimierung der Gebäudehülle sowie der technischen Anlagen zur Erzeugung und Versorgung mit erneuerbarer Energie. Wir wollen Förderprogramme den Zielen und Bedarfen entsprechend weiterentwickeln und umschichten. Um Investitionen auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen, setzen wir auf zielgerichtete Instrumente und wollen dazu u. a. einen Transformationsfonds auf Bundesebene bei der KfW auflegen.